

Dresdner Volkszeitung

Verlagskontor: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagskontor: Gebt. Venzold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Beilagen
Nach der Arbeit und "Woll und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Eingelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde von Montag bis Freitag von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Normzeile
30 Pf., die 60 mm breite Familienzeile 1,50 M. für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietzeilen
40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegungen 10 Pf.

Nr. 244

Dresden, Dienstag den 19. Oktober 1926

37. Jahrg.

Sofortige Hilfe!

Sozialdemokratischer Vorstoß für die Erwerbslosen

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:
Der Reichsausschuss für Soziale Angelegenheiten trat Montag früh wieder zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung kam der sozialdemokratische Antrag zur Verhandlung, wonach sofort ein Interimsausschuss einzusetzen ist, der die dringlichsten Fragen für

die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge

so beschleunigt vorzubereiten hat, daß dem Plenum des Reichstages am 8. November bereits eine Vorlage gemacht werden kann. Genosse Koch betonte in seiner Rede, daß die Sozialdemokratie auf der sofortigen Behandlung der Erwerbslosenfürsorge bestehen müsse, aber gleichzeitig auch keine Veränderung der Ausschussberatung über das Arbeitsgerichtsgesetz wünsche. Die Einsetzung des Interimsausschusses gebe die Möglichkeit, bis zum 8. November die erste Lesung des Arbeitsgerichtsgesetzes im Reichstag zu beenden und gleichzeitig die erforderlichen Beilagen hinsichtlich der

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, der Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung, der Verlängerung der Bezugsdauer für die Ausgewerteten, der Befreiung der Pflichtarbeit und des Schutzes der älteren Arbeiter und Angehörigen

herbeizuführen. Von der Zentrumstraktion war inzwischen auch ein Brief eingegangen, worin die Beratung der Erwerbslosenfürsorge verlangt wird. Die Kommunisten brachten einen Antrag für die Neuordnung ein, verlangten aber gleichzeitig, daß der Sozialausschuss in der nächsten Woche mit Rücksicht auf die tatsächliche Lage der Erwerbslosen wieder nach Hause geschickt werden solle. Das Arbeitsgerichtsgesetz erwidert dem Redner der SPD, dem Abg. Köbel, als nicht so dringlich. In gleicher Weise lebten sich Dr. Rabemacher (Dnt. Fr.) und Thiel (D. Fr.) dafür ein, daß der Reichstag Ende dieser Woche wieder vertagt werde. Es wurde dann gegen die Rechtsparteien und die Kommunisten beschlossen, die vorerwähnte Ausschussagenda durchzuführen und den Stoff betriebsmäßig aufzuteilen, daß vormittags das Arbeitsgerichtsgesetz beraten wird und der Nachmittag für die Erwerbslosenfürsorge im Vollausschuss soll bereits am 19. Oktober beginnen.

Das Kapital ruft nach Handelsfreiheit

Internationale Wirtschaftsundgebung
P. Paris, 18. Okt. (Fig. Trahit.)

Die Internationale Wirtschaftsundgebung wird von dem Rat der Internationalen Handelskammer am Mittwoch veröffentlicht werden. Nach Darstellungen der Handelskammer handelt es sich bei dem Appell der Wirtschaftsführer um das Ergebnis von Beratungen, die mehr als sechs Monate in Anspruch nahmen. An ihnen beteiligten sich maßgebende Vertreter der wichtigsten Wirtschaftszweige. Neben dem Inhalt der Wirtschaftsundgebung verläutet, daß sie vor allem die internationale finanzielle Lage beleuchtet und die Mängel der internationalen Warenverkehr darlegt. Durch die Zerschlagung der großen europäischen Wirtschaftsgebiete nach dem Kriege sei der wirtschaftliche Verkehr zwischen den Völkern gehemmt worden. Dieser Zustand habe die einzelnen Länder Industrien geschädigt mit dem Erfolg, daß der Weltmarkt in der ganzen Welt überflutet ist. Der Handel sei heute zwischen den einzelnen Ländern nicht mehr Austausch von Gütern im Interesse des Wohlstandes und des Wohlergehens des einen sowohl wie des anderen Landes, sondern ein Krieg. Die Darstellung kommt zu dem Schluß, daß nur

die Wiedereinführung der Handelsfreiheit

die normale Lage im Handel und auf dem Weltmarkt wiederherstellen könne. Die Befreiung in der Weltwirtschaft habe deshalb einen einschneidenden Wechsel in der Politik zur Voraussetzung. Wie weiter bekannt wird, denkt man daran, daß man neben einer vorbereitenden Weltwirtschaftskonferenz im Rahmen des Völkerbundes einen Ausschuss errichten wird, der sich besonders mit der Frage der Handelsfreiheit beschäftigen wird.

Dorpmüller Reichsbahnchef

D. Berlin, 19. Oktober. (Fig. Janfsprach.) Amtlich wird gemeldet: Die Verhandlungen der Reichsregierung mit dem Fernleitungsrat der Reichsbahn in der Frage einer möglichst engen künftigen Zusammenarbeit zwischen Reichsbahnverwaltung und Reichsverkehrsministerium sind heute zum Abschluß gekommen. Nachdem die Institutionen beiderseits Zustimmung gefunden haben, konnte nunmehr durch den Herrn Reichspräsidenten die Bestätigung der Wahl des bisherigen stellvertretenden Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn, Dr. Dorpmüller, zum Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft ausgesprochen werden.

Trotz der engen Zusammenarbeit einen Rufes für die Arbeiter und Angestellten bringen wird, darf man noch nicht erwarten. Die Arbeiter müssen selber für ihre Forderungen kämpfen und sich zusammenschließen.

Hollands Wint an Wilhelm

In den Meldungen über eine Unterredung des holländischen Innenministers mit dem früheren deutschen Kaiser erzählt das 8. Uhr Abendblatt ergänzend aus Amsterdams, daß die holländische Regierung Wilhelm mitteilen ließ, daß sie aus den bekannten Gründen nicht ihre Zustimmung dazu erteilen könnte, wenn der Kaiser die Absicht hätte, seinen Aufenthalt außerhalb Hollands zu nehmen, da sie ja gewissenhaft feierlich gegenüber den Entente-mächten die Verpflichtung übernommen habe, daß Wilhelm II. Holland nicht mehr verlasse.

Hände weg von den Grundrechten!

Ein Skandal im Innenministerium — Reaktionärer Vorstoß für Erweiterung der Macht des Reichspräsidenten

Die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten hat die Weimarer Verfassung nur grundlegend bestimmt, ihre Anwendung aber besonderen Bestimmungen durch ein Ausführungs-gesetz vorbehalten. Das Ausführungs-gesetz wird jetzt von der Reichsregierung vorbereitet und soll dem Reichstag in diesem Winter zur Verabschiedung vorgelegt werden. Schon kürzlich kam eine ungeheuerlich klingende Nachricht über geplante reaktionäre Verändierungen der Rechte des Reichspräsidenten in die Öffentlichkeit, doch wurde von dem Innenminister Kütz erklärt, es sei nur ein Referentenentwurf eines Regierungs-beauftragten in Ausarbeitung begriffen, aber es liege noch keinerlei Stellungnahme vor.

Nest ist dieser Referentenentwurf bekannt geworden, vielleicht sogar durch eine Indiskretion im Kabinettsrat. Jedenfalls ist die Wirkung dieser Veröffentlichung ein Alarm für die Republikaner, die Demokratie in der Verfassung zu schützen. Der Referentenentwurf behauptet die schlimmsten Befürchtungen. Die Verfassung soll nach rechts zu revidiert werden, das haben die Reaktionäre schließlich durchgesetzt. Freilich: sofern der Referentenentwurf von der Reichsregierung angenommen und im Reichstag von ihr vertreten wird. Hier aber scheint noch Unsicherheit zu herrschen, denn soeben kommt die offizielle Meldung, daß der Innenminister dem Referentenentwurf nur zur Grundlage von Besprechungen nehmen will, die zwischen den beteiligten Reichsministerien gepflogen werden sollen. Die Reichsregierung habe überhaupt noch keinerlei Stellung zu der Frage genommen. Wenn das richtig ist, so bleibt trotzdem die Ungeheuerlichkeit bestehen, daß der Innenminister gerade einen (oder mehrere) seiner reaktionären Räte auswählte, um den Entwurf vorzubereiten. Handelt es sich um demokratische Beamten? Oder wurde er übergeben?

Es ist gut, daß die Republikaner rechtzeitig Kenntnis erhalten von den geplanten Verändierungen, um sich ebenso rechtzeitig zur Wehr setzen zu können.

Kritik 48 der Verfassung lautet:

Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten. Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet oder gefährdet

wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zweck darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.

Von allen gemäß Absatz 1 oder Absatz 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen.

Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Absatz 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages außer Kraft zu setzen.

Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.

Der fidele Referentenentwurf enthält nun in jedem Punkte Vor schläge, die der Demokratie schmerzhaft zuwider sind. So wird gefordert, daß der Reichspräsident die ihm nach Artikel 48 Absatz 2 zustehenden Befugnisse ganz oder zum Teil anderen Personen oder Stellen übertragen kann (Reichsbeauftragte). Ebenso soll er „Bezirksbeauftragte“ mit absoluter Vollmacht anordnen können. Das würde eine schöne Titulatur kleineren Funktionären geben, die alle „unverantwortlich“ blieben.

Der Entwurf behandelt die Uebertragung der Gewalt auf einen Militärmachtshaber, auf eine Zivilperson und regelt deren Amtsführung. Das Verlangen des Reichstages auf Aufhebung soll sich nur auf allgemeine Anordnungen beziehen, also praktisch wertlos bleiben. Die weiteren Bestimmungen sind ähnlicher Art. Es wird darüber heftigster Alarm zu schlagen sein, wenn die Reichsregierung diesen „Entwurf“ ernsthaft ganz oder teilweise zu dem ihren machen sollte.

Herr Demokrat Dr. Kütz sollte sich warnen lassen. Wenn er als Innenminister die Rolle übernehmen will, die Wünsche der Reaktion als Gesetzesbestimmungen in die Verfassung zu schmuggeln, so wird er erst noch einen Ansturm der Republikaner und der Demokraten (der wirklichen Demokraten, nicht zu verwechseln mit den Parteimitgliedern der Demokratischen Partei) zu bestehen haben. In den Zeiten der wirtschaftlichen Not fehlt gerade noch der Versuch, die politischen Grundrechte des Volkes einzuschränken. Das schaffende Volk muß wachsam sein und sich in der Sozialdemokratie das taugliche Instrument erhalten, durch das es den Angriff pariert.

Unfreie Kulturarbeit

Von Artur Crispian, M. d. R.

Wer geistig stumpf und feilsch schlief im Elend lebt, umgeben von Schmutz und Schand, der gehört zum toten Gewicht im proletarischen Klassenkampf. Er ist entweder hoffnungslos verzweifelt, für jedes ernste Streben verloren, oder er flüchtet in eine „bessere Welt“.

Schmutz und Schand sind nicht nur Dinge, die man gemeinhin als fittlich anständig bezeichnet. Es gibt viel schlimmere Sachen, gegen die auch die eifrigsten bürgerlichen Sittlichkeitspostel nichts einzuwenden haben. Schmutz sind die öden Stadtviertel an, in denen die Proletarier zusammengetrieben sind. Hier haufen sie meist in häßlichen Straßen, in häßlichen Häusern, in häßlichen Wohnungen mit erbärmlichem Hausrat.

In diese Umgebung kehrt der Proletarier von seiner Arbeitsstätte heim. Man soll beileide nicht sagen, daß die Kapitalisten sich nicht um das Wohlergehen der Arbeiter kümmern. Sie bauen Brunnweinstuben hin, wo den Arbeitern der Trank der Betäubung gereicht wird; sie lassen Kinos einrichten und Filme drehen, die von ebenso edlen wie schönen Prinzen und armen, glückselig gemachten Mädchen handeln. Auch durch den Rundfunk werden den geistig bedürftigen Volkensklaven, Beeinflussungen und Irreführungen zuteil. Die Kapitalisten schmuggeln: Das haben die Armen so gern, eine phantastische „bessere Welt“. Danach schlafen die Arbeiter gut und am Morgen tun sie wieder willig ihre Arbeit.

Solche Methoden tragen dazu bei, Menschen feilsch zu verkrüppeln und ein geistiges Lumpenproletariat heranzuzüchten. Das Gerümpel, das die Kapitalisten dem Proletarier für sein Privatleben überlassen, ist Schmutz und Schand, zusammengetragen aus den Wäffeln der bürgerlichen Kultur.

Wie schwer es ist, die breiten Massen aus diesem Schmutz und Schand herauszubringen, wissen wir, die wir in der Arbeiterbewegung wirken. Gibt es doch immer noch so manchen Proletarier, der glaubt, es sei klassengemäß für ihn, die dreißigsten Lokale aufzusuchen.

Es ist, gemessen an der Miesenzahl des proletarischen Heeres, im wesentlichen erst ein Vortrupp der Arbeiter, der begonnen hat, sich mit reinen schönen Dingen zu umgeben und sich auch geistig von bürgerlicher Abhängigkeit freizumachen.

Man kann nicht politisch um die höchsten Ziele kämpfen, liegen und den Sozialismus verwirklichen, wenn man sich auf Massen stützt, deren Denken und Fühlen von bürger-

lichen veralteten Ideen und entarteten Kulturständen beherrscht wird. Der politische Kampf kann nur fruchtbar gemacht werden, wenn er von proletarischer Kulturarbeit begleitet wird.

Nach 1848 gab es Revolutionsromantiker, die glaubten, eine kleine Eliteklasse könnte die Befreiung der Arbeiter für das ganze Proletariat herbeiführen. Kein anderer als Karl Marx sagte ihnen am 15. September 1850 in einer Sitzung der Londoner Zentralbehörde des Kommunistenbundes: „Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchgemacht, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen.“

Um euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen, dazu dienen die Kulturbestrebungen der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit ist die Zentrale für das sozialistische Arbeiterbildungswesen in Deutschland. Er gibt die Monatschrift Die Bücherwarte mit der ständigen Beilage Arbeiter-Bildung heraus, er unterhält die Freie Sozialistische Hochschule, die wissenschaftliche Einzelvorträge bietet und eine Reihe von Arbeitsgemeinschaften bildet. Wanderlehrer bereisen die einzelnen Bezirke und halten Wandertourneen aus den Gebieten der Gewichte, Nationalökonomie, Gesellschaftswissenschaft und Arbeiterbewegung ab.

Daneben vermittelt der Reichsausschuss wissenschaftliche Kräfte für einzelne Vortragserellen und Kurse. In einer Reihe von größeren Städten, wie Berlin, Hamburg, Dresden, Frankfurt a. M. u. a., bestehen eigene sozialistische Bildungsschulen. Wo solche Schulen nicht bestehen, werden in größeren Orten durch die bestehenden Bezirks- und Ortsbildungs-ausschüsse Bildungskurse veranstaltet. Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet ferner Ferienkurse und Ferien-Studienreisen. Weiter bestehen ein Wäffelerbeirat, ein Filmausschuss und eine Jugendschriftenprüfungs-kommission. Eine eigene Lichtbildzentrale, die über 164 Lichtbildserien verfügt, vermittelt Lichtbildvorträge über alle Gebiete des Wissens und der Kunst. Neben der Zeitschrift Arbeiter-Bildung wird unter dem gleichen Titel noch eine Schriftenreihe herausgegeben, die in den einzelnen Bezirken Material und Anregungen für die Ausgestaltung der Arbeiter-

erste Seite. Eine weitere Schriftreihe enthält Vorträge- und Kulturbroschüren über die wichtigsten Gebiete der Arbeiterbildung.

Sprechzwecken wicken bei proletarischen Feiern und Jugendweihen mit.

Im sozialistischen Kulturbund sind alle vereint, die die Erziehung und Stärkung der kulturschöpferischen Kräfte der Arbeiterschaft auf den Gebieten der Wissenschaft, Kunst, Erziehung, Volksbildung, Jugendwohlfahrt und Körperpflege und damit die Verbreitung und Vertiefung des sozialistischen Kulturbewusstseins erstreben.

Wir werden bei unserer Vorbereitung für die Partei alle Frauen, Männer und Jugendlichen, die wir gewinnen wollen, auch auf die gewaltige Kulturarbeit der sozialistischen Bewegung hinzuweisen haben.

Der Fürst mit dem Armenrecht

Zu der auch von uns gebrachten Nachricht, daß der ehemalige Fürst von Lippe-Deimold wegen eines Prozesses das Armenrecht zuerkannt erhalten mußte, macht unser Parteibüro das Volkswort in Deimold nähere Angaben.

Dementsprechend ist der Fürst der größte Grundbesitzer des Landes. Seine Armut ist erbitternd. Wenn er nicht im Besitz zu Deimold hätte und gegenwärtig große Gutsbesitzer, bei denen er Zimmermädchen in Anspruch nimmt, zu „Sozialreuten“ ernennen könnte, müßte der Majestätsvogel wohl noch das Asyl für Unkultige zur Verfügung stellen.

Antimilitaristische Aktivität in der Schweiz

T. Genf, 18. Okt. (Sig. Draht.) Der Zentralrat der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei war am Sonntag und Montag in Bern zusammengetreten und hat dabei u. a. mit 10 zu 9 Stimmen beschlossen, sich an einer neu zu gründenden schweizerischen Organisation für den Frieden und zur Bekämpfung des Militarismus, deren Grundgedanke die Ausschaltung des Militärs ist, anzuschließen.

Die Kämpfe in China

Die nunmehr seit dem Jahre 1911 fort ununterbrochen andauernden Kämpfe sind jetzt mehr und mehr auf drei Hauptzonen beschränkt: nach im Süden zu einem Eingreifen der interessierten Großmächte führen in unserer Region neben der Lebensfrage des in Frage kommenden riesigen Gebietes Ostchinas mit seiner in die Ferne reichenden Kultur, das seit 1 1/2 Jahrzehnten den Schauplatz des blutigen Bürgerkrieges abgibt.



Karte der Kampfgebiete in China.

Die nunmehr seit dem Jahre 1911 fort ununterbrochen andauernden Kämpfe sind jetzt mehr und mehr auf drei Hauptzonen beschränkt: nach im Süden zu einem Eingreifen der interessierten Großmächte führen in unserer Region neben der Lebensfrage des in Frage kommenden riesigen Gebietes Ostchinas mit seiner in die Ferne reichenden Kultur, das seit 1 1/2 Jahrzehnten den Schauplatz des blutigen Bürgerkrieges abgibt.

Erste Kämpfe um Shanghai

P. Paris, 19. Oktober. (Sig. Draht.) Die hier vorliegenden Nachrichten von den künftigen Kriegshauptkämpfen lassen die Situation für die von Tausenden von Europäern bewohnte Stadt Shanghai außerordentlich bedrohlich erscheinen. Die Streitkräfte der Kanton-Armee sollen bereits 16 Kilometer vor der Stadt stehen, während Sun-Hsiang-shan nur ganz

schon unzulängliche Kräfte zurückgelassen hat. Diese haben in den letzten Tagen den äußeren Verteidigungsgürtel durch Anlage von Schützengraben und Verschanzungen beträchtlich verstärkt, doch hält man es für wenig wahrscheinlich, daß diese die Angreifer bis zum Eintreffen von Verstärkungen abzuwehren in der Lage sind.

Das Ständewesen ist abgeschafft!

Z. Leipzig, 18. Oktober. (Sig. Draht.) In dem Reichstret Medlenburg-Strelitz gegen Mecklenburg-Schwerin betr. Festsetzung der Verfügungsberechtigung hinsichtlich der Vermögen ehemaliger Landesfürsten und früherer Stände fällte der Staatspräsident des Deutschen Reiches unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Simon am Sonntagabend eine wichtige und grundsätzliche Entscheidung.

Otto Braun an die Beamten

Am Montagabend fand in den Räumen des Reichsvereins für die Arbeiter in Berlin eine große öffentliche Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes statt, in deren Mittelpunkt eine Rede des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun über

„Das Berufsbeamtenamt in der deutschen Volkswirtschaft“ stand. In seiner Begrüßungsansprache wies der Vorsitzende des ADWB, Genosse Faltenberg, kurz auf den Sinn und den Zweck der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung hin.

Gegen das Schmutz- und Schundgeles

Der Ausschuss zur Bekämpfung des Schmutz- und Schundgeles (Geschäftsstelle: Untermarktstr. a. D. Curt Bartsch, Berlin SW 11, Großbeerenstr. 34) hat an die Reichsregierung und Reichstag folgende Eingabe gerichtet: Der Reichstag aufgegebene Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Jugend vor Schmutz- und Schundgelesen ist geeignet, erste Bedenken der Künstler, der Schriftsteller, Verleger und Buchhändler, sowie aller Vertreter der geistigen Kultur zu erwecken, um so mehr, als durch die beiden Ausschussberatungen, die der Entwurf inoffiziell erfahren hat, ihm keineswegs seine Härten und Unzulänglichkeiten genommen worden sind, er vielmehr noch Verschärfungen erfahren hat.

Das Ständewesen ist abgeschafft!

In dem Reichstret Medlenburg-Strelitz gegen Mecklenburg-Schwerin betr. Festsetzung der Verfügungsberechtigung hinsichtlich der Vermögen ehemaliger Landesfürsten und früherer Stände fällte der Staatspräsident des Deutschen Reiches unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Simon am Sonntagabend eine wichtige und grundsätzliche Entscheidung.

Otto Braun an die Beamten

Am Montagabend fand in den Räumen des Reichsvereins für die Arbeiter in Berlin eine große öffentliche Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes statt, in deren Mittelpunkt eine Rede des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun über

Gegen das Schmutz- und Schundgeles

Der Ausschuss zur Bekämpfung des Schmutz- und Schundgeles (Geschäftsstelle: Untermarktstr. a. D. Curt Bartsch, Berlin SW 11, Großbeerenstr. 34) hat an die Reichsregierung und Reichstag folgende Eingabe gerichtet: Der Reichstag aufgegebene Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Jugend vor Schmutz- und Schundgelesen ist geeignet, erste Bedenken der Künstler, der Schriftsteller, Verleger und Buchhändler, sowie aller Vertreter der geistigen Kultur zu erwecken, um so mehr, als durch die beiden Ausschussberatungen, die der Entwurf inoffiziell erfahren hat, ihm keineswegs seine Härten und Unzulänglichkeiten genommen worden sind, er vielmehr noch Verschärfungen erfahren hat.

beistellt worden und alles Vermögens- und Ausnahmestück, das von den Ständen über die Mitglieder ausgeht wurde, ist auf den Fürst von Mecklenburg übergegangen. Es müssen somit die Ansprüche Mecklenburg-Strelitz abgelehnt werden.

Horthy wird „Paladin“

D. Berlin, 19. Oktober. (Sig. Draht.) Wie der Vertreter der Reichsregierung in Budapest meldet, besteht in Ungarn die Absicht, an Stelle des Reichsverweilers einen Paladin als Staatsoberhaupt einzusetzen. Dieser Paladin soll allerdings weder Horthy sein. Die Paladinstellung entspricht etwa der eines Staatschalters.

Otto Braun an die Beamten

Am Montagabend fand in den Räumen des Reichsvereins für die Arbeiter in Berlin eine große öffentliche Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes statt, in deren Mittelpunkt eine Rede des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun über

nächsten in der Justiz und in der Verwaltung. Die Folge dieser Auswüchse ist eine wachsende Abneigung der Arbeiterschaft gegen das Berufsbeamtenamt. Der Arbeiter argumentiert: Wenn ich meinem Arbeitgeber gegenüber so handeln würde wie gewisse Beamten dem Staat gegenüber, dann würde ich rücksichtslos zum Teufel gejagt.

Gegen das Schmutz- und Schundgeles

Der Ausschuss zur Bekämpfung des Schmutz- und Schundgeles (Geschäftsstelle: Untermarktstr. a. D. Curt Bartsch, Berlin SW 11, Großbeerenstr. 34) hat an die Reichsregierung und Reichstag folgende Eingabe gerichtet: Der Reichstag aufgegebene Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Jugend vor Schmutz- und Schundgelesen ist geeignet, erste Bedenken der Künstler, der Schriftsteller, Verleger und Buchhändler, sowie aller Vertreter der geistigen Kultur zu erwecken, um so mehr, als durch die beiden Ausschussberatungen, die der Entwurf inoffiziell erfahren hat, ihm keineswegs seine Härten und Unzulänglichkeiten genommen worden sind, er vielmehr noch Verschärfungen erfahren hat.

Dienstag den... Hand: Arbeiter... Die E... Aus P... rat der Sozial... Die E... Lebe... Wer die... jedes Leben... Die untergeordneten Verbände sind verflochten, nicht nur die Interessen des freien geistigen Schaffens, auch die des Berufsständischen ihres Mitglieder, tausender Künstler und Schriftsteller wahrzunehmen.

ein geliebter Meister, hat so unalltlich, daß er einen schweren Schaden durch eine Gehirnarterienverengung erlitten hat...

Warnung vor einem Betrüger. Gewarnt wird vor einem Betrüger, der gegenwärtig in Dresden auftritt und auch bereits eine Anzahl Personen erheblich geschädigt hat...

Wer weiß etwas? Am 12. Oktober ist unterhalb der Kaditz Heberlädere ein neugeborenes Kind männlichen Geschlechts tot aus der Erde gezogen worden...

Der Hund im Dienste der Polizei. Der Mitteldeutsche Landesverband im Reichsverband für Polizei- und Schutzhunde, dem der Verein Groß-Dresden angeschlossen ist...

Der angebliche Raubüberfall am 17. Oktober in Leubnitz-Neustadt. Der schon von vornherein durch die näheren Umstände als Nichttauer der eulderischen Kriminalbeamten erweist dante, hat sich als fingierter Verurteilung...

Dresdner Umgebung

Ein Tierfreund

Unzweifelhaft erinnern sich gewiß eines früheren Aufsatzes in der Vollzeitsung über den Jagdgesellschaften und „Arbeiterfreunde“ Stelle in Freital, den noch eigener Erklärung vor Bericht so stark in Gelbeschwarz...

Dieser „Linderhieb“ und „Arbeiterfreundliche“ Herr ist aber daneben auch noch ein Tierfreund. Er gehörte dazumal auch dem Ehrenausfluß der fürstlich in Dresden abgehaltenen Kampfausstellung an...

Diesem alten Ziele sollen nach § 3 des Statuts Absatz a bis g hieben verschiedene Mittel dienen. Das allererste (und a) ist: „Vorbereitung aufklärender und unterhaltender Auffüge durch das wöchentlich erscheinende Bundesorgan „Tierbörsen“...

Steuerdebatten im Bezirksausschuß

Wahlmaggie der SPD.

Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden hatte sich am Montag mit der Gewerbesteuer- und der Grundsteuerordnung für den Bezirksverband zu beschäftigen...

Für die Liste 4

sprechen

Mittwoch den 20. Oktober

7 1/2 Uhr im Wapfel-Establissement, Dresden-Mitte. Reichstagsabgeordneter Herrmann Fleißner.

7 1/2 Uhr im Bürgergarten, Dresden-Altstadt. Landtagsabgeordneter Curt Wedel.

Donnerstag den 21. Oktober

7 1/2 Uhr im Gasthof Krenzsch, Volksschullehrer Wilhelm Franke. Referat über die Vorbereitung des Volksaufklärungsfilms in vier Teilen: Des Volkes Opfer.

Freitag den 22. Oktober

7 1/2 Uhr im Establissement Bilder Mann, D.-Baden-Trachenberge. Referat von Herrn Ruppel, Referat über die Vorbereitung des Volksaufklärungsfilms in vier Teilen: Des Volkes Opfer.

7 1/2 Uhr im Gasthof Leipzig, Dresden-Leipzig. Volksschullehrer Wilhelm Franke.

7 1/2 Uhr im Richter-Gasthof, Jiskewitz, Stadtrat Rudolf Knobloch, Obbau.

Das arbeitende Volk Sachsens wählt zur Landtagswahl am 1. Okt. die Liste 4 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Arzt, Schulze, Giffé Thümmel, Wedel!

zent zu den staatlichen Sägen ein. Angesichts der Fülle von Aufgaben auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, die gerade in letzter Zeit den Gemeinden zugewiesen worden sind, und der mangelhaften Finanzlage fast aller Gemeinden...

Damit war der Antrag durch als gewillensweise Wahlmaggie gebilligt. Bei der Abstimmung wurde der Antrag durch abgelehnt und die Vorlage selbst gegen drei Stimmen dem Regierungstag überwiesen...

Gegen die kirchliche Reaktion

In der Vollversammlung in der Genossenschaft über den Prozeß Kasper-Wildfeuer sprach, wurde folgende Sympathieunterstützung gegen drei Stimmen angenommen: Die am 14. Oktober im Gasthof Krenzsch von 1500 Personen besuchte Versammlung bringt den Verurteilten im Prozeß Kasper-Wildfeuer ihre wärmste Sympathie entgegen...

Parteinachrichten für Groß-Dresden

Parteiorganisation: Wertheimstraße 10, I. u. Fernsprecher: Nr. 15977 und Nr. 15926

Flugblattsalzen!

Freitag in allen Gruppenlokalen des Stadtbezirks zur Ablieferung aller Flugblattsalzen. Es wird erwartet, daß sich die Parteigenossen sowie die Jugendressen an dieser Parteiarbeit zur Verfügung stellen...

Gruppen Altstadt 1 bis 6. Die Sozialistische Arbeiterjugend, Gruppe Altstadt-Süd, veranstaltet Donnerstag den 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Turnhalle der Versuchsschule am Georgplatz einen fröhlichen Abend mit Musik, heiteren Liedern zur Laute, Vorträgen...

Gruppe Altstadt 2. Donnerstag ab 6 1/2 Uhr im Restaurant Goldig, Marktschloß, Flugblattsalzen. Um 8 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Kaulbachhof, Kaulbachstraße...

Gruppe Striesen 3. Freitag, 7 1/2 Uhr, Flugblattsalzen im Gruppenlokal, Luisenparken, Jacobi, Ecke Eisenacher Straße. Pflicht!

Das Wahlkabarett

der Sozialdemokratischen Partei Groß-Dresdens spielt an folgenden Tagen bei vollständig freiem Eintritt:

Mittwoch den 20. Oktober abends 7 1/2 Uhr, im Bindengarten, Nähnig.

Donnerstag den 21. Oktober abends 7 1/2 Uhr, im Establissement Königsht., Dresden-Strehlen.

Freitag den 22. Oktober abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof Leipzig bei Böhlaus.

Sonabend den 23. Oktober abends 7 1/2 Uhr, im Kästgenhaus in Kadeberg.

Sonntag den 24. Oktober abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof zur guten Hoffnung in Arnsdorf.

Montag den 25. Oktober abends 8 Uhr, im Establissement Stadt Kadeberg, Dresden-Bauhofgäßchen. Aus dem Programm: Wahlkabarett, Räthselhafte Räthsel, Wahlprophezie, Wenn Kandidat an die Wahlurne geht! 20-Minuten-Exerzieren und vieles andere.

Freiwillig! Durch volkstümlichen Wit., Humor und Satire wird gewonnen für die Liste 4. Arzt, Schulze, Giffé Thümmel, Wedel.

Bereins- und Versammlungs-Kalender

Vereinigung der Freunde der freien Schule, 33. Volksschule, Mittwoch den 20. Oktober, 7 1/2 Uhr, in der Aula der 33. Volksschule, Köpenickstraße...

Freie Elternvereinsung der 21. Volksschule, Donnerstag den 21. Okt., abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Krenzsch, Krenzschstraße...

Religiöse Schule, innere Altstadt, Mittwoch im Jugendheim, Kadebergstraße, 7 1/2 Uhr, in der Aula der 21. Volksschule...

Gruppe Trachenberge, Mittwoch, 6 Uhr, vom Restaurant Ver. Trachenberge, Kadebergstraße...

Gruppe Grunna-Teichwitz, Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Hausold, Krenzschstraße...

Frauengruppe Köpenick, Es ist Pflicht jeder Genossin, morgen Mittwoch in die öffentliche Versammlung im Bürgergarten zu kommen...

Frauengruppe Trachenberge, Morgen Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Trachenberg im Jugendheim, Kadebergstraße...

Jungsozialistischer Verband, Heute Dienstag 7 1/2 Uhr zweiter Abend unfröher Auslands-Jahres: Die politische Struktur des neuen Auslands. Referent: D. Wagner.

Sozialistische Kinderfreunde, Johannstadt 1 und 7, Mittwoch geben wir in die Schule Gruppe 2 Treffen 7 1/2 Uhr am Dürerplatz...

Frederikstadt, Morgen, nachmittags 5 Uhr, alle Kinder in der Schule, Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, Gemeinschaft.

Vielchen, Kote Jungen, Morgen Mittwoch, 2 Uhr, treffen wir uns am Leiniger Platz zur Befichtigung der Jungferflur...

Striesen-Blasewitz, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Befichtigung bei Coppe, Krenzschstraße 25, 1, Donnerstag, 3 1/2 Uhr, Spielen in den Schrebergärten...

Niederfelditz, Mittwoch, 4 1/2 bis 5 1/2 Uhr, Spielen für Kinder unter 9 Jahren in der Parade, Sonntag Ausflug nach der Burgstädter Linde...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Kameradschaft 7, 8 und 9, Donnerstag abends 7 Uhr Übung sämtlicher Trommler und Hornisten im Rusthof, Cotta, Hebbelstraße.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

Der engere Jugendausstellungsausschuß kommt morgen Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus (Zimmer 2) zusammen.

An alle Jugendgenossen und -genossinnen. Die Gruppe Altstadt-Süd veranstaltet am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, in der Turnhalle der Versuchsschule am Georgplatz einen heiteren Abend...

Gruppe Striesen-Ost, Die Arbeitsgemeinschaft unserer jüngeren Genossen und Genossinnen beginnt heute 7 1/2 Uhr bei der Genossin Treub, Kadebergstraße 35.

Die Gruppe Altstadt-Süd veranstaltet Donnerstag den 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Turnhalle der Versuchsschule am Georgplatz eine Feier, benannt: Fröhliche Jugend (Heiterer Abend junger Proletarier)...

Gruppe Johannstadt, Heute außerordentliche Vorstandssitzung beim Genossen Schuppe, Köpenickplatz 8, Beginn 7 1/2 Uhr. Wichtige Tagesordnung...

Schöngarten-Witzsch, Die Helfer werden gebeten, am Mittwoch oder Donnerstag ihre Mitgliederkarten mitzubringen. Donnerstag nach Gruppenabschluss gehen wir in die Parteiverammlung in Rindners Restaurant.

Das Urteil über den Bubikopf. ist ein Urteil über die Gepflegtheit des Haars. So jugendlich und reizvoll ein gut gepflegter Bubikopf ist, so entstellend wirkt ein ungepflegter. Die wichtigste Grundlage der Bubikopf-Pflege ist die regelmäßige wöchentliche Haarpflege mit Pixavon. Pixavon gibt dem Haar lockere Fülle, schimmernden Glanz und den weichen Fall...

Die W... Der... Bauren... unter... v. Hege... gegangen... Es w... gegangen... 1. Alte... 2. Deutsch... 3. Deutsch... 4. Soziale... 5. Liste... 6. Deutsch... 7. Reich... 8. Büllich... 9. Blumen... 10. Deutsch... 11. Spittan... 12. Reich... 13. Diner... 14. Die... 15. am... 16. Die... 17. Die... 18. Die... 19. Die... 20. Die...

Landtag und Volksbildung

Die Landtagswahlen bedeuten für die heranwachsende Jugend, für die Erziehung unserer Kinder eine entscheidungsvolle Schicksalsstunde. Darüber ein wenig nachzudenken an der Hand der folgenden Zahlen, das sollte sich ein jeder Vater, eine jede Mutter zur ersten Pflicht machen, und ein jeder Lehrer und berufsmäßige Erzieher muß von dieser ruhigen, klaren Ueberlegung aus seine feste, unerschütterliche Einstellung zur Landtagswahl gewinnen. Aber überhaupt jeder Volksgenosse, welchem die beste Ausbildung des kommenden Geschlechts am Herzen liegt, und der in ihr die Voraussetzung für eine glücklichere Zukunft der arbeitenden Bevölkerung und für die bessere Geltung des deutschen Volkes im friedlichen Wettbewerb der Kulturvölker erblickt, muß sich vor der Wahl ernstlich mit der Frage beschäftigen: Wie muß der sächsische Staatsbürger sein Wahlrecht ausüben, wenn er mit seinem Stimmzettel eintreten will für eine bessere Erziehung und Schulbildung der gesamten Jugend?

Der Grundpfeiler, auf dem das sächsische Schulwesen heute ruht, ist

Das Uebergangsschulgesetz vom 22. Juli 1919.

Was brachte es unsern Kindern, Eltern und Lehrern nach der Staatsumwälzung an wertvollem Neuen?

Statt der bis dahin bestehenden höheren, mittleren, einfachen Volksschule und ihrem Bildungsunterschied je nach den Vermögensverhältnissen der Eltern brachte es:

die allgemeine, einheitliche und schulgeldfreie Volksschule. Also das allgemeine gleiche Bildungsrecht in der Volksschule für alle Kinder. Die von einem starren Lehrplan abhängige Auswendiglerschule wurde umgestaltet zur Arbeitsschule, welche in erster Linie die sittlichen, geistigen und körperlichen Kräfte des Kindes wachsen lassen will.

Die unter die Diktatur herrschsüchtiger Geistlichen gebeugte Schule wurde befreit von kirchlicher Aufsicht und Vormundschaft.

Die wurde zur kirchenfreien Staatschule erklärt. Die Zurücksetzung des weiblichen Geschlechts wurde aufgehoben durch Einführung der allgemeinen Mädchenberufsschule.

Das autoritative, die freie Erzieherpersönlichkeit oft schwer hemmende Schuldirektorat wurde ersetzt durch die Selbstverwaltung der Lehrerversammlung. Der alleinige Vorgesetzte des Lehrers wurde der Bezirksschulrat.

Die Rechtslosigkeit der Eltern in der Schule wurde beseitigt durch ihre Heranziehung zu verantwortlicher Mitarbeit in den Elternräten.

Kurz: Statt der dürftigen konfessionellen Armenerschule, welche die Volksschule im alten Staate vielfach noch war, entwickelte sich die sächsische Volksschule durch das Uebergangsgesetz mit schnellen Schritten zur allgemeinen, modernen, unabhängigen Bildungsanstalt eines freien vorwärtstrebenden Volkes.

Das wird heute selbst von anfänglich zweifelnden Männern nicht mehr bestritten, die unboreingeweihten die gegenwärtige Volksschule vergleichen mit der von vor zwanzig Jahren!

Und welche Parteien schufen dies wertvolle Uebergangsgesetz im Sächsischen Landtage? — Nicht geschaffen, ja sogar bekämpft und abgelehnt haben es

- die Deutschnationalen,
- die Deutsche Volkspartei,
- die Demokratische Partei.

Sämtliche bürgerlichen Parteien also haben dies bedeutende Schulgesetz abgelehnt. — Es ist beschlossen, ganz allein beschlossen worden im Landtage von der Sozialdemokratischen Partei, die damals die Mehrheit im Landtage besaß. Diese wichtige Tatsache darf das sächsische Volk niemals vergessen! Dies Gesetz ist aber nur der Anfang gewesen zu einer Reihe fortschrittlicher Schulgesetze, mit denen sich Sachsen unter der Führung eines Hermann Fleißner an die Spitze deutscher Bildungsbestrebungen stellte. Das Schulbedarfsgesetz nahm den Gemeinden die Befoldung der Lehrer ab und übertrug sie auf den Staat. Dadurch wurde besonders den Landgemeinden eine schwere Last abgenommen, und sie wurden endlich in die Lage versetzt, ihr Schulwesen allmählich auf die gleiche Höhe zu bringen wie die Großstädte. Ein Unrecht, unter dem die vernachlässigte Landjugend jahrzehntelang schwer gelitten hatte, wurde beseitigt. Gleiches Bildungsrecht für Stadt und Land trat endlich an die Stelle der bis dahin üblichen Zurücksetzung der Volksschulen. So wie das Uebergangsschulgesetz das gleiche Bildungsrecht für arm und reich proklamiert hatte.

Im Gesetz über die Lehrerbildung wurde bestimmt, daß auch die Lehrer des Volkes so wie die Lehrer der höheren Schulen ihre Vorbildung erhalten sollen auf den Hochschulen, an den Stätten der Wissenschaft. Die völlig verkrüppelten Seminare wurden beseitigt.

Nun sollten im Sinne dieser sozialen, modernen Bildungsentwicklung auch die höheren Schulen umgestaltet werden. Aus Schichten der bestehenden Schichten sollten sie umgewandelt werden zu Schulen des ganzen Volkes.

In diesem Augenblicke machten die unverantwortlichen und unpolitischen Seitenstränge der Kommunisten im Land-

tage, ferner der Parteiberrat von 23 ehemaligen Sozialdemokraten der erfolgreichen Bildungsarbeit der sächsischen Sozialdemokratie ein jähes Ende.

Jene Koalition kam zustande, in welcher der Deutschnationalpartei Dr. Kaiser das Bildungsministerium erhielt. Der Oberregierungsrat Dr. Wünsche, der den Auftrag zur Reform des höheren Schulwesens erhalten hatte, wurde von Dr. Kaiser kurzerhand entlassen. Dafür hörte man drei Jahre lang nichts mehr von einer Reform des höheren Schulwesens. Erst kurz vor seinem Tode im Interesse des Schulwesens zu erhaltenden Regierungsende hat dieser „Bildungsminister“ eine 250 Seiten starke, jedoch völlig nichts sagende Denkschrift über eine „Reform“ der höheren Schulen fertigstellen lassen. Mit dem Gedanken der Einheitschule hat seine Reform nichts zu tun. Das versicherte Dr. Kaiser selbst mit besonderem Nachdruck.

Die Volksschule, die ihre materiellen Interessen durch die Deutsche Volkspartei vertreten lassen, wollen nicht, daß das deutsche Volk aus einem regierten Untertanenvolk emporkommt zu einem freien demokratischen Volke, das seine politischen und wirtschaftlichen Geschicke selbst bestimmt. Sie werden deshalb auch niemals ein Schulsystem schaffen helfen, wie es allein die Bildungsgrundlage eines demokratischen, republikanischen Volkes sein kann: die allgemeine Einheitschule, die jedem Volksgenossen vom Kindergarten bis zur Hochschule das gleiche Bildungsrecht gewährt.

Besonders eifrig stürzte sich dieser Herr Dr. Kaiser auf die Volksschulen. Seine deutliche Absicht war, sie wieder rückwärts zu revidieren. In einer Denkschrift über die Volksschulen wollte er den Beweis liefern, daß alle von der Sozialdemokratie geschaffenen Fortschritte die Volksschule „heruntergewirtschaftet“ hätten. Um ein recht trübes Bild zeichnen zu können, ließ er die Leistungen der Volksschule in der Inflationszeit feststellen, also in einer Zeit, da nicht genügend Tinte, kein Licht, keine Heizung, kein Papier, keine Kreide, keine Lehrmittel vorhanden waren, in der viele Kinder schwer unterernährt und stark erholungsbedürftig waren.

Alle einseitigen Eltern wehrten sich mit tiefer Empörung gegen dies hinterhältige Beginnen der Schulreaktion in Sachsen. Herrn Dr. Kaisers wiederholten heillosen und offenen Vorwürfe gegen das sächsische Schulwesen konnten bislang noch zum großen Teil erfolgreich abgewehrt werden. Die frische Vorwärtsentwicklung des sächsischen Schulwesens aber war mit dem Rücktritt des Sozialdemokraten Fleißner zu Ende.

Der Name Dr. Kaiser bedeutete für das sächsische Schulwesen teils Rückschritt, teils starren Toten Stillstand. Die sächsische Große Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den 31 Altkommunisten war für die kulturelle Entwicklung in Sachsen

der tote Punkt.

Die erste Frage aller um unser Schulwesen aufrichtig besorgten Volksgenossen lautet nun: Wie kommen wir über diesen toten Punkt hinweg?

Die Antwort kann jedem, der den vorstehenden Rückblick aufmerksam gelesen hat, nicht schwerfallen. Und wer die lehrreiche Schulgeschichte Sachsens die letzten acht Jahre hindurch verfolgt hat, der muß sich darüber klar sein, daß von einer zielklaren, gesunden Weiterentwicklung der sächsischen Schulverhältnisse, von einer ruhigen, gesicherten Erhaltung des Erreichten und Geschaffenen künftig nur die Rede sein können, wenn es gelingt, den drohenden Zugriff der volksbildungsfeindlichen Rechtsparteien abzuwehren, wenn die Sozialdemokratie ihren Einfluß auf das sächsische Schulwesen zurückgewinnt. Die Entscheidung darüber soll der 31. Oktober bringen! Ein bedeutungsvoller Tag also für die Schulentwicklung! Für die Bildung unserer Jugend!

Das Rinderzuchtgesetz

Landbändlerische und deutschnationale Lügenhaftigkeit

Auf dem Lande, besonders in den Kreisen der Bauern, gibt sich die Deutschnationale Volkspartei noch immer die Mühe, als die Vertreterin der Interessen der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung, im besonderen auch der Kleinbauern, zu gelten. Obwohl die Deutschnationale Volkspartei in sehr starkem Maße von den Schwerindustriellen ausgehalten wird und mit ihren politischen Taten meist die Interessen der Schwerindustriellen und Bankkapitalisten wahrnimmt, ließen es die deutschnationalen Redner, wenn sie in Landorte kommen, nicht gegen die Großkapitalisten vom Leder zu ziehen. Wer einen deutschnationalen Landbändler zu den Bauern sprechen hört, der könnte wirklich meinen, die Deutschnationale Volkspartei sei die heftigste Feindin der Schwer- und Bankkapitalisten. Was da alles zusammengepredigt wird, ist einfach verwunderlich. Daß das nicht weiter ist als elende Scheinerei, das beweist am besten die Politik der Deutschnationalen Volkspartei, die sie in den Parlamenten betreiben. Gegen die Sozialdemokratie schürten sie unter der Landbevölkerung unausgesetzt einen feindschaftlichen Haß. Was sie an Lügen und heftigsten Verleumdungen zusammengetragen können, das tun sie. Nur sie allein sind die Freunde des Land- und Bauernvolkes. Seit etwa einem Jahre haben sie unter den Bauern

mit dem Rinderzuchtgesetz eine geschäftige und lügenhafte Agitation getrieben, wie je zuvor. Die Sozialdemokratie wurde für das Zustande-

kommen von den Deutschnationalen verantwortlich gemacht und behauptet, die Sozialdemokratie wolle die Bauern zugrunde richten. Die Bauern glauben das. Sie wissen nicht, daß es ausgerechnet Deutschnationale gewesen sind, die für das Rinderzuchtgesetz eingetreten sind.

Nach einem amtlichen Protokoll des Landesfunkturrates — der jetzigen Landwirtschaftskammer — hat in der Sitzung vom 26. Februar 1926 der deutschnationale Oekonomierat Kühne (Amtshauptmannschaft Freiberg) im Auftrag eines vom Landesfunkturrat eingesetzten Sonderausschusses erklärt:

„dem Gesetz haftet naturgemäß der Mangel an, daß es eine Zwangsmaßregel darstellt, weil der Zusammenschluß nicht freiwillig, sondern zwangsweise erfolgen muß. Der 7. Sonderausschuß und der Ständige Ausschuß sind jedoch der Ansicht, daß trotzdem vom säkularistischen Standpunkt aus der Entwurf zu begrüßen ist.“

In derselben Sitzung sagte dieser deutschnationale Rittersgutbesitzer dann — immer nach dem amtlichen Protokoll —, die Erfassung hat gelehrt:

„daß wir ohne gewissen Zwang mit der Rinderzucht nicht so vorwärtskommen, wie es im Interesse der Landwirtschaft und der Allgemeinheit zu wünschen wäre.“

Dieser deutschnationale Oekonomierat ist also ganz unumwunden für die Anwendung eines Zwanges in der Rinderzucht eingetreten. Der Landesfunkturrat hat eine Entschliebung angenommen, in der es heißt:

„Der Landesfunkturrat wolle beschließen, dem folgenden Entwurf eines Rinderzuchtgesetzes seine Zustimmung zu erteilen ...“

Es wurde im Laufe der Diskussion auch die Frage der Befreiung der Väter von dieser Zwangsangehörigkeit besprochen. Diese Befreiung ist im § 25 des Gesetzes in verschärfte Form enthalten, als sie ursprünglich lautete, und diese Verschärfung ist vom Landesfunkturrat gefordert worden. In der Fortsetzung des Landesfunkturrats gefordert worden, als er verlangte, daß nur Mitglieder der Herdbuchgenossenschaft befreit werden sollten und alle anderen Befreiungsmöglichkeiten, die jetzt gegeben sind, gestrichen werden sollen. Auch der deutschnationale Oekonomierat Kühne trat ausdrücklich für diese Verschärfung ein. Ein anderer Vertreter, Herr Reubert vom Erzgebirgischen Kreisverein, sagte in der Sitzung:

„Wir sind unserer früheren Staatsregierung vor allen Dingen aus dem Erzgebirgischen Kreisverein zu sehr großem Danke verpflichtet, daß die Zwangsangehörigkeiten gestrichelt worden sind. Ich stehe auf dem Standpunkte, je länger mit der Einführung des Gesetzes gewartet wird, desto nachteiliger ist es für die Landwirtschaft.“

Das ist die Stellung des Landesfunkturrates, in dem — wie bemerkt — die deutschnationalen Herren die große Majorität haben. Daraus geht doch die ganze Lügenhaftigkeit der deutschnationalen Agitation mit dem Rinderzuchtgesetz hervor. Das muß auch den Landbäuern, den deutschnationalen Herren in unserm Lager bekannt sein, denn der deutschnationale Abgeordnete Bauer aus Meiersberg hat in einer Konferenz, die Landtagsabgeordnete mit Landwirten hatten, erklärt, daß ihm keine Landwirte, die 9 bis 10 Hektar haben, gesagt haben, das Rinderzuchtgesetz sei ein Segen für die Landwirtschaft. Nicht wir Sozialdemokraten sagen das; nein, der deutschnationale Landtagsabgeordnete Bauer!

So ist also Wahrheit, daß sich die deutschnationalen Vertreter im Landesfunkturrat — der jetzigen Landwirtschaftskammer — mit aller Entschiedenheit für das Rinderzuchtgesetz eingesetzt haben und daß die Bauern, wenn sie dadurch wirklich belästigt worden sind, zweifellos die Deutschnationalen dafür verantwortlich zu machen haben.

Für den Wohnungsbau!

Schwer leiden die Volksmassen unter der Wohnungsnot. Die Mittel aus der Mietzinssteuer reichen für einen genügenden Wohnungsbau nicht aus, weil die Hälfte des Ertrages der Mietzinssteuer nicht für den Wohnungsbau, sondern für die allgemeinen Zwecke von Staat und Gemeinden verwendet wird. Die Sozialdemokratie ist stets dafür eingetreten, daß die Mietzinssteuer, wenn sie überhaupt erhoben wird, im vollen Umfang dem Wohnungsbau zugute kommt. Das Reich soll genügend Besitzsteuern erheben, damit es den Ländern und Gemeinden ausreichende Mittel zur Deckung ihrer Ausgaben zur Verfügung stellen kann. Weil die Sozialdemokratische Partei vorausahnte, daß die Mittel aus der Mietzinssteuer nicht zureichten, stellte sie bereits im Februar 1926 den Antrag, der Staat solle

30 Millionen Mark für den Wohnungsbau

zur Verfügung stellen. Der Finanzminister erklärte, es ist kein Geld da und es würden auch nicht genügend Arbeiter vorhanden sein, um mehr Geld zu verbauen, als die Mietzinssteuer brachte. Der sozialdemokratische Antrag wurde von den Bürgerlichen und den sogenannten Alten Sozialdemokraten abgelehnt. Dann aber zeigte sich, daß während des ganzen Sommers in Sachsen

Tausende von Bauarbeitern arbeitslos

waren. Im Juli d. J. wiederholte die Sozialdemokratie ihren Antrag. Auch hier fand sie zunächst keine Gegenliebe. Viel zu spät entschloß sich die sächsische Regierung wenigstens teilweise die sozialdemokratischen Forderungen zu erfüllen, indem sie im August 15 und im Oktober 12 Millionen Mark für den Wohnungsbau zur Verfügung stellte. Wäre man schon im Frühjahr der sozialdemokratischen Anregung gefolgt, so hätten den ganzen Sommer hindurch zahlreiche Arbeiter vor Arbeitslosigkeit geschützt werden können. Aber damals hatte man nur Hohn und Spott für den sozialdemokratischen Antrag. Auch in Zukunft wird die Sozialdemokratie stets dafür kämpfen, daß die nötigen Mittel beschafft werden, um Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Liste 4 ist die sozialdemokratische Liste!
Arzt — Schulze — Elise Thümmel — Weckel

